

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
 A. Verstärkter Ausbau von Übertragungsnetzen in Deutschland .....	 1
I. Ursachen für einen verstärkten Ausbau der Elektrizitäts- übertragungsnetze in Deutschland .....	 1
1. Veränderung der Energiezusammensetzung .....	1
2. Europäische Öffnung der Energiemärkte .....	2
II. Gesetzliche Grundlagen des Übertragungsnetzausbaus im Bereich der Elektrizität .....	 2
1. Regelungsgegenstand des Gesetzes zum Ausbau von Energieleitungen (EnLAG) .....	 3
a) Energiewirtschaftliche Notwendigkeit, sonstige allgemeine Vorschriften (§ 1 EnLAG) .....	 3
b) Sonderregeln zur Erdverkabelung (§ 2 EnLAG) .....	4
c) Monitoring (§ 3 EnLAG) .....	6
2. Regelungsgegenstand des Gesetzes über den Bundes- bedarfsplan (BBPlG) und seine systematische Einbindung ....	 6
a) Systematische Verortung des Bundesbedarfsplans .....	6
b) Die Inhalte des Gesetzes über den Bundesbedarfsplan (BBPlG) im Überblick .....	 8
III. Problemstellung .....	11
 B. Gesetzliche Zielsetzung des § 2 EnLAG und § 4 BBPlG .....	 13
I. Zweck des § 2 EnLAG .....	13
1. Die Ermittlung des Gesetzeszwecks im Wege der Auslegung – die anwendbaren Auslegungsmethoden .....	 13
2. Erste Erkenntnisse: Wortlautauslegung des § 2 EnLAG .....	14
3. Überlegungen zu Systematik und Funktion des § 2 EnLAG .....	 16

a) Technische Sicherheit und wirtschaftliche Gesichtspunkte .....	16
b) Technisch und wirtschaftlich effiziente Teilabschnitte .....	20
c) Kostenregelung des § 2 Abs. 5 EnLAG .....	21
4. Historische/genetische Auslegung des § 2 EnLAG .....	22
5. Zwischenergebnis .....	25
II. Zweck des § 4 BBPlG .....	25
III. Befriedigungs- und Akzeptanzförderungsfunktion .....	27
1. Realisierung von Infrastrukturprojekten im Spannungs- verhältnis zur öffentlichen Akzeptanz .....	27
2. Akzeptanz als gesetzgeberische Zielvorstellung im Rahmen des § 2 EnLAG und § 4 BBPlG .....	29
a) Analyse der Gesetzesmaterialien .....	29
b) Zwischenergebnis .....	30
3. Praktische Umsetzung des Akzeptanzziels .....	31
a) Keine Abwägungserheblichkeit von Akzeptanz .....	31
b) Allgemeine rechtliche Vorbehalte gegenüber einer auf Akzeptanz ausgerichteten Entscheidungsfindung .....	31
c) Berücksichtigung der mit der öffentlichen Akzeptanz in Zusammenhang gebrachten, (ohnehin) betroffenen Belange in der Planfeststellung .....	32
IV. Zwischenergebnis .....	33
C. Die Auslösekriterien des § 2 EnLAG und des § 4 BBPlG .....	34
I. Abwägung bei der Planfeststellung von EnLAG-Vorhaben und BBPlG-Vorhaben .....	34
1. Planfeststellungsfähigkeit und Planfeststellungs- bedürftigkeit der Vorhaben .....	34
a) Planfeststellungsfähigkeit und Planfeststellungsbedürftigkeit der EnLAG-Vorhaben .....	34
aa) Freileitungsvorhaben .....	34
bb) Erdverkabelung .....	35
b) Planfeststellungsbedürftigkeit der BBPlG-Vorhaben .....	36
2. Abwägungsleistungen des Vorhabenträgers und der Planfeststellungsbehörde .....	36
a) Grundlagen der Abwägung .....	37
b) Abwägung in der energiewirtschaftlichen Planfeststellung .....	38
3. Zwischenergebnis .....	40

II. Rechtsfolgen des Vorliegens der Auslösekriterien des § 2	
Abs. 2 S. 1 Nr. 1–5 EnLAG im Rahmen der Planfeststellung .....	41
1. Verwirklichung von HDÜ-Vorhaben im Wege	
der Erdverkabelung .....	41
a) Erdverkabelung im Bereich des Drehstrombereichs im Widerspruch	
zu Grundprämissen des Energiewirtschaftsrechts .....	41
b) Eröffnung von Ausführungsvarianten auf Seiten	
des Vorhabenträgers .....	42
c) Zwischenergebnis und Konsequenzen: Erdverkabelung als	
Vorhabenoption und Abwägungsrelevanz der Erdverkabelungs-	
alternative .....	44
2. Anordnungsbefugnis beim Neubau von HDÜ-Vorhaben .....	45
a) Rechtliche Qualität des „Verlangens“: erweiterte Befugnisse	
der Planfeststellungsbehörde .....	45
b) Voraussetzungen an die Ausübung des Verlangens .....	48
aa) Bindung an das Abwägungsgebot .....	48
bb) Abwägungsausfall .....	49
cc) Abwägungsdefizit .....	49
dd) Abwägungsfehleinschätzung .....	53
ee) Abwägungsdisproportionalität .....	54
ff) Einzelfallabhängigkeit .....	56
gg) Kein Automatismus und keine Regelvermutung zugunsten	
der Erdverkabelung .....	56
c) Begründungserfordernis – Anforderung an die Ausübung	
des Verlangens nach § 2 Abs. 2 S. 1 EnLAG .....	57
aa) Einordnung des Ausübens des Verlangens nach § 2 Abs. 2 S. 1	
EnLAG in die verwaltungsrechtliche Rechts- und	
Handlungsformenlehre .....	57
bb) Ausübung des Verlangens nach § 2 Abs. 2 S. 1 EnLAG .....	58
cc) Nichtwahrnehmung der Verlangens-Option .....	59
3. Erfordernis eines technisch und wirtschaftlich effizienten	
Teilabschnitts .....	61
a) Rechtliche Qualität .....	61
b) Grenzen des behördlichen Verlangens – zum Bedeutungsgehalt	
der gesetzlichen Merkmale aus Sicht des Gesetzgebers .....	63
aa) Länge von Teilabschnitten .....	63
bb) Finanzielle Aspekte .....	65
cc) Technische Aspekte und generelle Verbindlichkeit .....	65
c) Grenzen des behördlichen Verlangens – weitere Analyse des	
Bedeutungsgehalts der gesetzlichen Merkmale .....	65
aa) Teilabschnitt .....	65
bb) Technische Komponente .....	66
cc) Wirtschaftliche Komponente .....	67
dd) Effizienz .....	68

4. Übertragbarkeit der Ergebnisse auf die Regelung des § 4 BBpIG .....	70
III. Zwischenergebnis .....	70
D. Ergebnisse der Untersuchung .....	73
Literaturverzeichnis .....	77
Sachregister .....	83